

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 6/2013, 6. Juni 2013

**Liebe Freunde und Freundinnen,**

Manche lernen nichts dazu. Draufhauen, wettern, poltern – das scheint die Devise von Günther Oettinger zu sein. Als EU-Kommissar die Europäische Union als „Sanierungsfall“ zu schmähen, ist schon ein starkes Stück – unterboten wohl nur noch von seinem Vorschlag, die Flaggen von „Schulden-Staaten“ auf Halbmast zu hängen. Solche Ausfälle auf Stammtisch-Niveau bringen zwar Schlagzeilen, die Europäische Union bringen sie allerdings keinen Schritt weiter. Im Gegenteil! Was Europa momentan am wenigsten braucht, ist billiger Populismus. Probleme kann man nicht lösen, indem man eifernd vom Leder zieht. Schon gar nicht, wenn man selbst Verantwortung für die Politik in Europa trägt. Ich kann nur sagen: Gut, dass seine Amtszeit sich dem Ende zuneigt, wenn er sich selbst ein so vernichtendes Zeugnis gibt.

Nicht Bedenkenträger, Jammerlappen oder Schwarzseher brauchen wir in der Europäischen Union. Gefragt sind Menschen, die anpacken, solche, die aktiv an Lösungen für die Probleme arbeiten, Politiker auf europäischer und Bundesebene, die fachlich kompetent und begeisterungsfähig sind. Die mit Weitblick und Überzeugungskraft die Europäische Union durch schwieriges Fahrwasser manövrieren, anstatt immer neue Krisen heraufzubeschwören. Gerade jetzt braucht Europa ein durchdachtes Gesamtkonzept für eine demokratische, soziale und wirtschaftliche Erneuerung. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen haben ein solches Konzept: Wir wollen ein einiges und solidarisches Europa der Bürger und Bürgerinnen. Die Konservativen dagegen setzen auf knallharte Sparpolitik und nationale Sonderwege. Damit stehen echte Richtungsentscheidungen bevor: bei der Bundestagswahl im Herbst und im nächsten Jahr bei der Europawahl. Eines jedenfalls ist klar: Das vereinte Europa ist kein Sanierungsfall, es ist ein Glücksfall.

Eure

Gebhardt: „Erster Etappensieg - Quote muss kommen!“**Binnenmarktausschuss schärft Vorschlag der Europäischen Kommission zur Geschlechterquote in Aufsichtsräten**

„Seit Jahrzehnten hören wir immer wieder dieselben Versprechungen aus der Wirtschaft. Geändert hat sich bisher nichts. Gerade einmal 15 Prozent der Aufsichtsräte der größten börsennotierten Unternehmen sind Frauen. Die Chefetagen europäischer Großunternehmen bleiben wohlbehütete Männerdomänen. Damit muss endlich

Schluss sein“, sagte die SPD-Abgeordnete Evelyne Gebhardt nach der Abstimmung über die Stellungnahme des Binnenmarktausschusses zur geplanten EU-Richtlinie zur Gleichstellung der Geschlechter in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen.

„Die Finanzkrise hat bewiesen,

dass wir dringend eine neue, verantwortungsvollere Form des Wirtschaftens in Europa brauchen. Dieses Ziel erreichen wir nur mit einer stärkeren Beteiligung weiblicher Führungskräfte in den Schaltzentralen der Wirtschaft“, ist sich die SPD-Abgeordnete Evelyne Gebhardt sicher. In seiner Stellungnahme

NHALT**Seite 1**

- Kolumne
- Geschlechterquote

Seite 2

- Gleichstellungspolitik

Seite 3

- Steuerflucht und -hinterziehung
- Reformempfehlungen der EU-Kommission
- Termine

Seite 4

- Evelyne in den Medien
- Neues aus Europa
- Impressum



fordert der Binnenmarktausschuss, dass die Besetzung von nicht geschäftsführenden Direktoren und Aufsichtsratsmitgliedern auf Grundlage von Stellenausschreibungen sowie klar festgeschriebener und nachvollziehbarer Kriterien erfolgen muss. Eine von der Kommission vorgesehene Ausnahme von der Quotenregelung für Unternehmen, in denen die Belegschaft größtenteils demselben Geschlecht angehört, lehnte der Binnenmarktausschuss auf Initiative der Sozialdemokraten ab.

Die Notwendigkeit für eine EU-weite Regelung zur Geschlechterquote begründet Evelyne Gebhardt auch mit der fehlenden Initiative der Bundesregierung. „Mit dem Beschluss des jüngsten CDU-Parteitages, eine gesetzliche Geschlechterquote auf den Sankt Nim-

merleinstag zu verschieben, hat die Bundesregierung ihre Bemühungen für mehr Gleichstellung in der Wirtschaft endgültig eingestellt. Wir müssen aber endlich Ernst machen und den Männerklubs in der europäischen Wirtschaft ein Ende setzen“, warb Evelyne Gebhardt für das Vorhaben der Europäischen Union.

Kleine und mittelständische Unternehmen schritten seit Langem mit guten Erfahrungen für Unternehmensklima und -erfolg beim Thema geschlechtlicher Gleichstellung voran, so die SPD-Abgeordnete Evelyne Gebhardt. Die Fortschritte bei Großunternehmen seien hingegen verschwindend gering. „Gerade bei den großen Unternehmen hält sich die gläserne Decke, die Frauen den Weg in die Führungsetage versperrt, hartnäckig. Wir Sozialde-

mokraten fordern deshalb, die Geschlechterquote auch auf nicht börsennotierte Großunternehmen und Vorstände auszuweiten“, so Evelyne Gebhardt. ■

Hintergrund:

Gegen zum Teil starke Widerstände von Seiten konservativ und liberal regierter Mitgliedsstaaten hatte die für Gleichstellungspolitik zuständige EU-Kommissarin Viviane Reding im November letzten Jahres einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern in Aufsichtsräten vorgelegt. Dieser sieht vor, dass jedes Geschlecht bis spätestens 2020 zu mindestens 40 Prozent in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen vertreten sein muss. Bei Nichteinhaltung drohen gegebenenfalls Sanktionen.

Beitrittskandidaten mit Nachholbedarf in Sachen Gleichstellung

Frauenrechte in den Beitrittsländern auf dem Balkan

„Auf dem Papier sind unsere Länder im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter ein wahres Paradies“, erklärte unlängst ein Vertreter der Zivilgesellschaft über die Beitrittsländer auf dem westlichen Balkan.

Er hat Recht. In diesen Ländern, also in Kroatien, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wurden einige Anstrengungen unternommen, um die eigenen Gesetze im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter an den Besitzstand der Europäischen Union anzugleichen. Das ist die gute Nachricht. Die Umsetzung dieser Rechte verläuft dagegen weit weniger zufriedenstellend, auch wenn wir natürlich nicht alle Beitrittsländer des Balkans über einen Kamm scheren dürfen. Kroatien etwa ist auf der Zielgeraden zum EU-Beitritt

und damit auch gleichstellungspolitisch beinahe reif für den Beitritt.

Insbesondere die Umsetzung von Frauenrechten muss in den Beitrittsländern aber noch viel stärker vorangetrieben werden. Die dortigen Frauen müssen ihre Rechte kennen. Sie müssen die Verletzung ihrer Rechte anzeigen können. Die Anzeige muss bearbeitet, die Täter verfolgt und die Rechtsverletzung geahndet werden.

Derzeit kann etwa Gewalt gegen Frauen in einigen Beitrittsländern nicht wirksam bekämpft werden. Dann wundert es nicht, wenn 30 % der Opfer des grenzüberschreitenden Menschenhandels in der EU Staatsangehörige aus den Balkanländern sind, wobei es sich beim Großteil der Opfer um Frauen und Mädchen handelt. Das ist nicht hinnehmbar.

Die Beitrittsländer werden außerdem aufgerufen, Maßnahmen zur Förderung von Frauen in politi-

schen Entscheidungsprozessen umzusetzen - und dazu gehören auch feste Quoten in Parteien und Parlamenten.

Nachzulesen ist der Bericht hier:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2013-0136&language=DE>

Gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen

Das Europäische Parlament hat einen Bericht für einen Vorschlag für eine Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen verabschiedet. Klingt auf den ersten Blick wenig spannend. Es geht dabei aber um einen verbesserten Schutz von Opfern bei Belästigungen, bei sexuellen Übergriffen, bei Stalking, bei Einschüchterungen und anderen Formen der indirekten Nötigung. Und es geht insbesondere um einen verbesserten Opfer-



schutz in Fällen geschlechterspezifischer Gewalt.

Es geht darum, dass all den - meist weiblichen - Opfern der bestmögliche Schutz im gesamten Gebiet der Union geboten werden soll. Eine Person, der in einem Mitgliedstaat eine Schutzmaßnahme zuerkannt wurde, verliert diese künftig nicht mehr, wenn sie sich in einen anderen Mitgliedstaat begibt. Bürokratische Verfahren werden durch ein einziges mehrsprachiges Formular

ersetzt. Das verbessert den Schutz der Opfer und stellt sicher, dass die gefährdete Person die finanziellen Kosten für die Anerkennung der Schutzmaßnahme in einem anderen Mitgliedstaat nicht tragen muss.

Der Bericht ist abrufbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2013-0126&language=DE&mode=XML> ■

Evelyne Gebhardt



„Eine Billion Euro entgehen den EU-Mitgliedsstaaten jedes Jahr durch Steuerbetrag und Steuervermeidung. Das ist Geld, das wir dringend benötigen, um Wachstum zu schaffen und die Sozialkrise einzudämmen. Es muss endlich Schluss damit sein, dass einige wenige die Solidargemeinschaft mit Füßen treten“, fordert Evelyne Gebhardt. Das Bild zeigt sie mit dem Logo der Kampagne des Global Progressive Forums gegen Steuerflucht und -hinterziehung. Foto: S&D

TERMINE

■ 14. Juni 2013, 11.30 Uhr

Was? Preisverleihung Europäischer Wettbewerb

Wo? Rathaus, Schwäbisch Hall

■ 14. Juni 2013, 18.00 Uhr

Was? Biergartengespräch des SPD-Ortsvereins

Wo? Biergarten am Stadtbad, Künzelsau

■ 21. Juni 2013, 20.00 Uhr

Was? „Frauen: Europas großes Potenzial“ (Vortrag beim städtischen Frauenbeirat)

Wo? Schloss, Schramberg

■ 22. Juni 2013, 09.45 Uhr

Was? DGB-Bezirksfrauenkonferenz

Wo? Filderhalle, Leinfelden-Echterdingen

■ 22. Juni 2013, 18.00 Uhr

Was? Mitgliederversammlung des SPD-Kreisverbandes

Wo? Emmendingen

■ 24. Juni 2013, 11.00 Uhr

Was? EP-Berichtersteller im Dialog zum Europäischen Kaufrecht

Wo? EP-Informationsbüro, Berlin

■ 28. Juni 2013, 10.25 Uhr

Was? Vorlesen und Diskussion mit SchülerInnen

Wo? Schulzentrum, Blaufelden

■ 29. Juni 2013, 12.00 Uhr

Was? SPD-Fachbeirat Europa

Wo? Hotel Anne-Sophie, Künzelsau

■ 29. Juni 2013, 14.00 Uhr

Was? **EUROPAFEST**

Wo? Keltergasse 47, Künzelsau

■ 30. Juni 2013, 11.00 Uhr

Was? 4. Weltkinderfest Hohenlohe

Wo? Bahnpark, Kupferzell

Bullmann: „Armut in Deutschland: Bundesregierung muss drängende Hausaufgaben erledigen“ EU-Kommission stellt Reformempfehlungen vor / Baustellen für Deutschland sind prekäre Beschäftigung und schwache Binnennachfrage

„Die Bundesregierung mahnt ständig den Reformstau in Südeuropa an, weigert sich aber beharrlich vor der eigenen Haustür zu kehren. Überfällige Reformen wie der Ausbau der Kinderbetreuung und die

Besserstellung von Geringverdienern verschleppt Schwarz-Gelb von Jahr zu Jahr. Kein Wunder, dass die EU-Kommission Deutschland jetzt zum wiederholten Male rügt“, sagt Dr. Udo Bullmann, Vorsitzen-



der der SPD im Europäischen Parlament zur Veröffentlichung der länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters am Mittwoch in Brüssel.

„Die Brüsseler Kritik legt den Finger auf die Wunde“, so Udo Bullmann weiter. „Immer mehr Arbeitnehmer sind trotz ihres Verdienstes auf Hartz-IV angewiesen. Bei Single-Haushalten ist die Zahl der Aufstocker im letzten Jahr sogar um über ein Drittel gestiegen. Insbesondere Geringverdiener leiden unter der unverhältnismäßig hohen Abgabenlast. Die sich ausbreitende Armut auf dem deutschen Arbeits-

markt ist ein unhaltbarer Zustand. Schwarz-Gelb sollte schleunigst ein soziales Gleichgewicht in der Beschäftigungspolitik herstellen.“

Auch fehlende Wachstumsanreize halte die EU-Kommission Deutschland erneut vor Augen. „Die Ausgaben in Forschung und Entwicklung sind nicht auf der Höhe einer starken Wirtschaftsnation, die sich ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten will. Die schwache Binnennachfrage schlägt sich auch negativ in den Krisenländern wider. Deutschland muss endlich entschieden auf starkes Wachstum setzen“, so Udo Bullmann abschließend. ■

Evelyne in den Medien

Homepage:

www.evelyne-gebhardt.eu

Facebook:

www.facebook.com/pages/Evelyne-Gebhardt/253121031481890

Youtube:

www.youtube.com/channel/UCzU2536xTonD8BwNcN3Hqg

Wortmeldungen im Plenum als Video:

www.europarl.europa.eu/ep-live/de/plenary/search-by-speaker/results?speakerId=1913

NEUES AUS EUROPA

SOLIDARITÄTSFONDS DER EUROPÄISCHEN UNION:

EU-Hilfe zur Beseitigung der Hochwasserschäden

Teile Deutschlands und einiger Nachbarländer haben dieser Tage mit einem verheerenden Hochwasser zu kämpfen. Die Schäden sind noch nicht überall abzusehen. Die Kosten für deren Beseitigung drohen jedoch manche Region zu überfordern.

Die betroffenen Regionen können sich Hoffnungen auf Hilfen der EU machen. Nach dem letzten „Jahrhunderthochwasser“ im Jahr 2002 wurde der Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF)

geschaffen. Dessen Mittel sind dafür vorgesehen, nach Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Erdbeben oder Waldbränden etwa zur Reparatur von Straßen, Brücken und Stromleitungen oder zur Errichtung von Notunterkünften eingesetzt zu werden.

Deutschland erhielt aus dem Fonds bereits insgesamt 611 Millionen Euro nach dem Hochwasser des Jahres 2002 und dem Sturm Kyrill vor sechs Jahren.

Sind bestimmte Voraussetzungen erfüllt, kann ein Antrag gestellt werden. Diesem müssen auf Vorschlag der EU-Kommission das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten zustimmen.

Mehr Informationen unter: http://ec.europa.eu/regional_policy/thefunds/solidarity/index_de.cfm ■

SEMINAR ZUM EU-BÜRGERCHAFTSPROGRAMM:

Unterstützung für Austauschprojekte

Unzählige grenzübergreifende Austausch- und Kooperationsprojekte bereichern das Zusammenleben in Europa. Engagierte Bürger und Bürgerinnen tragen so wesentlich dazu bei, die europäische Idee zu beleben und die Integration Europas zu vertiefen. Ohne finanzielle Unterstützung sind viele Projekte jedoch nicht machbar.

Hier hilft das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. Die zuständige Kontaktstelle in Deutsch-

land bietet Interessierten am 27. Juni in Bonn ein ganztägiges Seminar zur Einführung in das Programm an. Es richtet sich an Organisationen und Kommunen, die Projekte mit ihren Partnern in Europa planen möchten.

Das Seminar vermittelt praktisches Wissen für die Antragstellung und bietet Raum zum Austausch von Erfahrungen und Ideen. Anmeldeabschluss ist der 12. Juni. Mehr dazu unter: www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen ■

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt
und Frederick Wunderle

Europabüro

Keltergasse 47
74653 Künzelsau

Tel.: 07940 59122

Fax: 07940 59144

egebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel

Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66

Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

evelyne.gebhardt@europarl.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:

Copyright PHOTO © European Union